



Antrag

Borken, 01.09.2014

Sitzungsvorlage Nr. 0267/2014

Beratungsfolge	Datum	Status
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen	16.09.2014	öffentlich
Kreisausschuss	23.09.2014	öffentlich
Kreistag	30.09.2014	öffentlich

Zuständige Facheinheit:

15 - Stabsstelle

Berichterstatter/-in:

SPD-Fraktionsvorsitzende Frau Elisabeth
Lindenhahn

Beratungsgegenstand:

Resolution zur geplanten PKW Maut
Antrag der SPD-Fraktion v. 01.09.2014

Beschlussvorschlag:

Die Einführung einer Pkw-Maut für das gesamte deutsche Straßennetz ist nach Auffassung des Kreistages Borken eine deutsche Insellösung, die dem europäischen Gedanken des freien Personenverkehrs widerspricht. Eine flächendeckende Nutzungsgebühr für das gesamte Straßennetz lehnt der Kreistag Borken schon allein deshalb ab. Allerdings ist diese geplante Maut besonders für Grenzregionen mit negativen Folgen verbunden.

Die Resolution soll an Kanzlerin Angela Merkel, als auch an das Bundesverkehrsministerium und an die Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Borken gehen.

Sachdarstellung:

Der Kreis Borken im Westmünsterland hat im Westen eine 108 Kilometer lange Grenze zu den Niederlanden.

Man kann sich die möglichen Folgen leicht ausmalen, wenn unsere Nachbarn ein „Eintrittsgeld“ zahlen müssten. Die Einführung der Pkw-Maut für das gesamte deutsche Straßennetz ist eine deutsche Insellösung, die dem europäischen Gedanken des freien Personenverkehrs widerspricht. Eine flächendeckende Nutzungsgebühr für das gesamte Straßennetz gibt es in keinem anderen Nachbarland. Ein „Eintrittsgeld“ von mindestens zehn Euro für Ausländer, die mit dem Auto nach Deutschland einreisen wollen, ist vor allem für Grenzregionen mit negativen Folgen verbunden: Es ist zu befürchten, dass die niederländischen Nachbarn von Einkäufen, Kurzurlauben oder Museumsbesuchen in Deutschland absehen.

Auf niederländische Kunden ausgerichtete Investitionen, etwa im Einzelhandel oder im Tourismus, könnten künftig seltener werden. Geschäfte und Dienstleister an grenznahen Standorten müssten eventuell einen wesentlichen Ausfall niederländischer Kunden verkraften.

Sollte dieses Vorhaben europarechtskonform sein, würde es logischerweise dazu führen, dass andere Staaten ebenfalls eine Maut einführen. Im Endeffekt wären dann alle Bürger gleichermaßen belastet. Im Übrigen ist die Einführung dieser Straßenbenutzungsgebühr nichts anderes als die Wiedereinführung der Grenzen, die durch den europäischen Gedanken eigentlich abgebaut sein sollten.

Der Koalitionsvertrag sieht lediglich eine Pkw-Maut auf Autobahnen vor. Deren Auswirkungen auf den Grenzraum wären deutlich geringer. Für die grenzüberschreitenden Beziehungen ist es nicht förderlich, wenn sich jeder Niederländer als „Willkommensgruß“ in Deutschland erst einmal „abkassiert“ fühlt.

Wir müssen hier zum Wohle der Menschen die Interessen unserer Region deutlich machen. Höhere Kosten, höherer Aufwand führen unweigerlich dazu, dass lieb gewonnene Kunden sich nicht mehr oder nicht mehr so häufig auf den Weg zum Händler oder zum Lieblingsgastronomen in Deutschland machen.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Lindenhahn